Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 15.04.2021

Gremium:	Sitzungsdatum:	Sitzungsart:
Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit	13.04.2021	öffentlich

zu TOP 4.1.2

Housing First

Gemeins. Zusatz-/Ergänzungsantrag zum TOP (Fraktion DIE LINKE+, Fraktion B'90/Die Grünen, CDU-Fraktion,)
(Drucksache Nr.: 19680-21-E1)

Dem Ausschuss liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktion Die LINKE+, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion aus der letzten Sitzung vor:

die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und LINKE+ bitten unter dem o.g. TOP um Beratschlagung und Beschlussfassung des folgenden Antrags:

- 1. Der Rat stellt fest, dass viele Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit bedroht oder betroffen sind, mit dem Dortmunder Hilfesystem unterstützt werden und ihnen geholfen werden kann.*
- 2. Der Rat stellt fest, dass mit dem aktuellen Hilfesystem einige obdachlose Menschen nicht nachhaltig erreicht werden können.*
- 3. Der Rat beschließt, das Dortmunder System der Wohnungslosenhilfe um den Ansatz Housing First zu ergänzen.*
- 4. Die Verwaltung wird aufgefordert,*
 - ein Umsetzungskonzept des Ansatzes Housing First zu entwickeln, das auf bereits bestehende und bewährte Konzepte („Endlich ein Zuhause“, Pension plus“, etc.) abgestimmt ist und diese sinnvoll ergänzt.*
 - Wohnungen des Wohnraumvorhalteprogramms (WVP) dauerhaft für die Nutzung von Housing First umzuwidmen,*
 - Wohnungen, die sich über das WVP hinaus im Besitz der Stadt Dortmund befinden, im Rahmen von Housing First zu vermieten,*
 - insgesamt damit 20 Wohnungen für Housing First für einen Modellversuch zur Verfügung zu stellen. Weitere Wohnungen sind möglich.*
 - eine ausgewogene Verteilung entsprechender Wohnungen über das gesamte Stadtgebiet zu gewährleisten.*
- 5. Die DOGEWO21 wird aufgefordert, Wohnraum für den Ansatz Housing First vorzusehen und dafür auf dem Nachweis eines negativen Schufa-Eintrages zu verzichten.*
- 6. Die Verwaltung wird aufgefordert, die soziale Betreuung im Rahmen von Housing First über einen lokalen Träger sicherzustellen. Das eingesetzte Personal soll dabei mit dem Ansatz Housing First vertraut sein.*
- 7. Zur Vergabe der Wohnungen im Rahmen des Ansatzes Housing First soll mithilfe der Träger ein Kriterienkatalog erarbeitet werden, nach dem die zur Verfügung stehenden Wohnungen vergeben und an Menschen durch die Träger vermittelt werden.*

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

8. *Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) will Kommunen bei der Anwendung des Ansatzes Housing First unterstützen. Auch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen hat das Konzept Housing First bis November 2020 finanziell gefördert. Eine Kooperation und enge Abstimmung zwischen der Stadt Dortmund, dem LWL sowie dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist vor diesem Hintergrund anzustreben.*
9. *Sofern im Rahmen des Projekts weitere Kosten für Leistungen entstehen, die nach SGB II bzw. SGB XII nicht übernahmefähig sind, ist dem Fachausschuss darüber Bericht unter Angabe der finanziellen Auswirkungen zu erstatten. Die Verwaltung ist in diesem Falle beauftragt, für entstehende Mehrkosten eine Akquise von Fördermitteln zu prüfen.*

Begründung:

Die Dortmunder Wohnungslosenhilfe ist in vielen Bereichen gut aufgestellt, vermeidet drohende Obdachlosigkeit oder baut diese ab. Das in Dortmund angewandte Stufensystem zur Integration in eigenen Wohnraum ist allerdings nicht für alle Betroffenen das geeignete Mittel zur langfristigen Vermeidung von Wohnungslosigkeit. Für diesen Personenkreis enden die Maßnahmen häufig wieder auf der Straße.

Der Ansatz Housing First kann für diesen Personenkreis das geeignete Instrument zur langfristigen Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit sein. Insofern ist Housing First ein weiterer (und kein ersetzender) Baustein im bestehenden Hilfesystem.

Das Konzept Housing First beendet Wohnungslosigkeit im ersten Schritt und bietet flexible, wohnbegleitende Hilfen zum dauerhaften Wohnungserhalt. Wohnungslose werden direkt in dauerhaften Wohnraum gebracht ohne die Bedingung, vorher die "Wohnfähigkeit" zu erlangen.

Die Vermittlung in Wohnraum, bzw. die Verfügbarkeit geeigneten Wohnraums, ist eine zentrale Voraussetzung. Die Stadt hat im Rahmen des Wohnraumvorhalteprogramms Zugriff auf etwa 920 Wohnungen. Einige Wohnungen können davon dauerhaft für den Ansatz Housing First umgewidmet werden. Wohnungen, die über das WVP hinaus im Besitz der Stadt sind, können ebenfalls im Rahmen von Housing First eingesetzt werden. Als Einstieg der Stadt Dortmund in den Ansatz Housing First sollen mindestens 20 Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Eine Erhöhung dieser Zahl ist möglich. Die Umsetzung des Housing First-Ansatzes soll auf bereits bestehende Angebote und Maßnahmen abgestimmt sein und diese in sinnvoller Weise ergänzen. Ziel ist, die Zahl wohnungsloser Menschen in Dortmund durch das ergänzende Angebot zu reduzieren.

Darüber hinaus sollte die DOGEWO21 als kommunales Unternehmen und eine der größten Vermieterinnen der Stadt aufgefordert werden, Wohnraum für den Ansatz Housing First vorzusehen. Eine Voraussetzung dafür ist der Verzicht auf die Nachweisung eines negativen Schufa-Eintrages.

*Neben der Zurverfügungstellung geeigneten Wohnraums ist das nachdrückliche Angebot einer sozialen Betreuung wesentlich. Dies sollte über einen lokalen Träger sichergestellt sein, der über Erfahrungen in der Wohnungslosenhilfe verfügt und mit entsprechendem Personal dem besonderen Ansatz von Housing First (akzeptierender Ansatz auf Augenhöhe zwischen Berater*in und Klient*in) Rechnung tragen kann.*

*Finanzielle Belastungen für die Stadt entstehen nicht. Da die Bewohner*innen dieser Wohnungen Anspruch auf Übernahme der Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II bzw. SGB XII haben, sind Mietzahlungen gesichert. Mit dem Zugriff auf Wohnraum im städtischen Besitz ist kein Erwerb von Wohnraum erforderlich. Die Übernahme der Kosten für die soziale Betreuung ist im Rahmen des §67 SGB XII "Hilfe zur*

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten" über den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) gesichert.

Da der LWL eine Konzeption zur Unterstützung der Umsetzung von Housing First in den Kommunen erarbeiten wird, sollte eine Kooperation zwischen Stadt Dortmund und LWL zu diesem Thema angestrebt werden. Auch eine Konsultation durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW, welches verschiedene Projekte und Programme gegen Wohnungslosigkeit unterstützt, ist in diesem Zusammenhang sinnvoll.

Auch die Erfahrungen aus anderen Kommunen, die das Konzept bereits realisiert haben, können für die Ausarbeitung für einen Kriterienkatalog zur Vergabe der Wohnungen zu Rate gezogen werden.

Herr Jansen (Fraktion B`90/Die Grünen) gibt an, dass er die Bemühungen seitens der Verwaltung honoriere, dass es in die Richtung Housing First Überlegungen gebe. Trotzdem weist er auf einige Punkte hin, die zwar gut seien, aber nicht zu Housing First gehörten, da bei Housing First der erste Schritt der eigene Mietvertrag und somit die eigenen vier Wände seien.

Frau Zoerner (Stadträtin) erklärt, dass das Ziel des Wohnraumvorhalteprogramms sei, dass Menschen den Weg in eine eigene Wohnung auch schafften. Gerade an der Lindenhorster Straße gebe es z. B. Wohngemeinschaften, für Menschen, die nicht irgendwo anders platziert werden könnten. Es mache hier keinen Sinn, diese Personen aus den Wohnungen raus zu nehmen, um die Wohnungen in Zusammenhang mit Housing First dann zur Verfügung zu stellen.

Der einzige Ansatz sei zu schauen, ob sich dort und wenn ja, in welcher Größenordnung, ein solcher Ansatz vernünftig realisieren ließe. Da sie aber nicht genau wisse, was mit den ehemaligen Problemimmobilien gemacht werden solle, müsse das dann auch mit dem Liegenschaftsamt diskutiert werden. Über die Fragestellung, wo es in Dortmund gelingen könne, für sehr große Familien Wohnraum zu schaffen, seien bereits einige Gespräche mit dem Liegenschaftsamt geführt worden. Die Grundrisse, die man dafür benötige, habe man auf dem freien Wohnungsmarkt nicht zur Verfügung. Sie würde daher nicht im Wesentlichen auf städt. Immobilien schauen, um die Probleme damit zu lösen, sondern eher einen neuen Ansatz suchen und weitere Wohnungsgesellschaften und einzelne private Besitzer mit ins Boot holen wollen.

Frau Kleist (SPD-Fraktion) begründet die ablehnende Haltung ihrer Fraktion, was allerdings nicht hieße, dass sie den Ansatz Housing First damit ablehnen wolle. Sie sei durchaus der Meinung, dass das in bestimmten Fällen ein wertvoller Ansatz ist, glaube aber, dass die Situation in Dortmund so sei, dass man u. a. auch mit dem Wohnraumvorhalteprogramm gut versorgt wäre.

Die Sitzung wird von 18:20 Uhr bis 18:30 Uhr für eine kurze Beratung unterbrochen.

Herr Langhorst (Vorsitzender, Fraktion B`90/Die Grünen) teilt mit, dass inzwischen folgender Änderungsantrag der antragstellenden Fraktionen vorliege:

Änderung zu Punkt 4 des Antrages:

- 4. Die Verwaltung wird aufgefordert,*

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- ein Umsetzungskonzept des Ansatzes Housing First zu entwickeln, das auf bereits bestehende und bewährte Konzepte („Endlich ein Zuhause“, Pension plus“, etc.) abgestimmt ist und diese sinnvoll ergänzt.
- ~~Wohnungen des Wohnraumvorhalteprogramms (WVP) dauerhaft für die Nutzung von Housing First umzuwidmen,~~
- ~~Wohnungen, die sich über das WVP hinaus im Besitz der Stadt Dortmund befinden, im Rahmen von Housing First zu vermieten,~~
- **Wohnungen für die dauerhaft für die Nutzung von Housing First umzuwidmen mithilfe folgender Schritte:**
 1. **Prüfen, welche Wohnungen des Wohnraumvorhalteprogramms bzw. Wohnungen im Besitz der Stadt Dortmund bereits jetzt für Housing First geeignet sind**
 2. **Bei den Vermieter*innen der durch die Stadt angemieteten Wohnungen sich aktiv dafür einzusetzen, eine Nutzung der Wohnung im Rahmen von Housing First zu ermöglichen (also eine direkte Vermietung an die von Wohnungslosigkeit Betroffenen nach Vermittlung durch Träger oder Stadt)**
 3. **In Kooperation mit Trägern, die sich an Housing First beteiligen möchten, die Suche aufnehmen nach Wohnungen, die für Housing First genutzt werden können, indem sie entweder durch die Stadt erworben werden oder die Vermieter*innen bereit sind, diese auch an Betroffene zu vermieten.**
- insgesamt damit 20 Wohnungen für Housing First für einen Modellversuch zur Verfügung zu stellen. Weitere Wohnungen sind möglich.
- eine ausgewogene Verteilung entsprechender Wohnungen über das gesamte Stadtgebiet zu gewährleisten.

Herr Helferich (AfD-Fraktion) stellt einen **Antrag** nach § 17 der Geschäftsordnung, eine Rednerliste aufzustellen und dann diese zu schließen, nachdem jede Fraktion ihre Position dargelegt habe, um dann zur Abstimmung zu kommen.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit **lehnt** den Antrag von Herrn Helferich **mehrheitlich** gegen die AfD-Fraktion **ab**.

Herr Jansen erläutert die Änderungen in dem vorliegenden Antrag. Es handele sich um eine Konkretisierung des Vorhabens in der Hoffnung, dass es so praktikabler sei. Er bittet den Ausschuss um Unterstützung.

Frau Kleist zeigt sich erfreut darüber, dass versucht werde, hier eine Einigkeit zu finden. Sie möchte jetzt nach den Beratungen vorschlagen, das Thema Housing First mit in die Videokonferenz zur Wohnungslosenhilfe zu nehmen und den Antrag noch mal zu schieben.

Herr Helferich erklärt, dass in Dortmund 201 Wohnungen mit 681 Personen für geduldete Ausländer aufgewandt würden. Geduldete Ausländer seien solche, die vollziehbar ausreisepflichtig seien und bei denen die Stadt ihrem rechtlichen Auftrag, nämlich dem Vollzug der Ausreise, der Abschiebung, nicht nachkomme. Seine Fraktion würde sich dem vorliegenden Antrag anschließen, wenn man das mit dem Ergänzungsantrag verbinden würde, dass die Stadt dazu aufgefordert würde, dem Vollzug der Ausreisepflicht bei diesem Personenkreis nachzukommen, um Platz zu machen, für Menschen, die auf Housing First angewiesen seien.

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Herr Niermann (Der Paritätische) gibt auf die Bedenken von Frau Kleist an, dass von Seiten des Paritätischen das Thema fachlich absolut unterstützt werde. Er habe mit dem Kollegen Herrn Back vom Diakonischen Werk in der Unterbrechung der Sitzung kurz darüber gesprochen und sei sich einig. Housing First sei gut und es gebe eine Zielgruppe in Dortmund für die das genau richtig sei. Man habe tatsächlich das Problem, angemessene Wohnungen dafür zu finden. Fachlich würden er und Herr Back das aber unterstützen und ihre Unterstützung auch anbieten

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit lehnt die Ergänzung von Herrn Helferich ab.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit stimmt dem folgenden **geänderten** (durchgestrichen/Fett) gemeinsamen Antrag der Fraktion Die LINKE+, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion **mehrheitlich** gegen die AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion FDP/Bürgerliste **zu** und überweist diesen an den Rat der Stadt.

die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und LINKE+ bitten unter dem o.g. TOP um Beratschlagung und Beschlussfassung des folgenden Antrags:

1. *Der Rat stellt fest, dass viele Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit bedroht oder betroffen sind, mit dem Dortmunder Hilfesystem unterstützt werden und ihnen geholfen werden kann.*
2. *Der Rat stellt fest, dass mit dem aktuellen Hilfesystem einige obdachlose Menschen nicht nachhaltig erreicht werden können.*
3. *Der Rat beschließt, das Dortmunder System der Wohnungslosenhilfe um den Ansatz Housing First zu ergänzen.*
4. *Die Verwaltung wird aufgefordert,*
 - *ein Umsetzungskonzept des Ansatzes Housing First zu entwickeln, das auf bereits bestehende und bewährte Konzepte („Endlich ein Zuhause“, Pension plus“, etc.) abgestimmt ist und diese sinnvoll ergänzt.*
 - ~~*Wohnungen des Wohnraumvorhalteprogramms (WVP) dauerhaft für die Nutzung von Housing First umzuwidmen,*~~
 - ~~*Wohnungen, die sich über das WVP hinaus im Besitz der Stadt Dortmund befinden, im Rahmen von Housing First zu vermieten,*~~
 - ***Wohnungen für die dauerhaft für die Nutzung von Housing First umzuwidmen mithilfe folgender Schritte:***
 1. ***Prüfen, welche Wohnungen des Wohnraumvorhalteprogramms bzw. Wohnungen im Besitz der Stadt Dortmund bereits jetzt für Housing First geeignet sind***
 2. ***Bei den Vermieter*innen der durch die Stadt angemieteten Wohnungen sich aktiv dafür einzusetzen, eine Nutzung der Wohnung im Rahmen von Housing First zu ermöglichen (also eine direkte Vermietung an die von Wohnungslosigkeit Betroffenen nach Vermittlung durch Träger oder Stadt)***
 3. ***In Kooperation mit Trägern, die sich an Housing First beteiligen möchten, die Suche aufnehmen nach Wohnungen, die für Housing First genutzt werden können, indem sie entweder durch die Stadt erworben werden oder die Vermieter*innen bereit sind, diese auch an Betroffene zu vermieten.***

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- *insgesamt damit 20 Wohnungen für Housing First für einen Modellversuch zur Verfügung zu stellen. Weitere Wohnungen sind möglich.*
 - *eine ausgewogene Verteilung entsprechender Wohnungen über das gesamte Stadtgebiet zu gewährleisten.*
5. *Die DOGEWO21 wird aufgefordert, Wohnraum für den Ansatz Housing First vorzusehen und dafür auf dem Nachweis eines negativen Schufa-Eintrages zu verzichten.*
 6. *Die Verwaltung wird aufgefordert, die soziale Betreuung im Rahmen von Housing First über einen lokalen Träger sicherzustellen. Das eingesetzte Personal soll dabei mit dem Ansatz Housing First vertraut sein.*
 7. *Zur Vergabe der Wohnungen im Rahmen des Ansatzes Housing First soll mithilfe der Träger ein Kriterienkatalog erarbeitet werden, nach dem die zur Verfügung stehenden Wohnungen vergeben und an Menschen durch die Träger vermittelt werden.*
 8. *Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) will Kommunen bei der Anwendung des Ansatzes Housing First unterstützen. Auch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen hat das Konzept Housing First bis November 2020 finanziell gefördert. Eine Kooperation und enge Abstimmung zwischen der Stadt Dortmund, dem LWL sowie dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist vor diesem Hintergrund anzustreben.*
 9. *Sofern im Rahmen des Projekts weitere Kosten für Leistungen entstehen, die nach SGBII bzw. SGB XII nicht übernahmefähig sind, ist dem Fachausschuss darüber Bericht unter Angabe der finanziellen Auswirkungen zu erstatten. Die Verwaltung ist in diesem Falle beauftragt, für entstehende Mehrkosten eine Akquise von Fördermitteln zu prüfen.*